

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

23.2.1873 (No. 46)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

46.

Wochenschrift (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 20 Kr. durch die Post bezogen
1 R. 20 Kr. Vierteljährlich.

Sonntag, 23. Februar

Majoritätsmajorität:
die geheime Bestimmung über den
Vertrag d. Preuss.

1873.

Zahlreichen Bestellungen auf unser Blatt für den Monat März sehen wir entgegen. Alle Postanstalten und Postboten nehmen solche an; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes sowie die Austräger.

Karlsruhe, den 18. Febr. 1873.

Die Expedition des Badischen Beobachters.

Ein Presbureau scandal.

Die Frankfurter Zeitung schreibt:

An dem Bismarck'schen System der inneren Politik beginnen die Enthüllungen zu nagen. Zu der Enthüllung aus dem Kreise der Geheimräthe und Junker kommt die Enthüllung aus der Klasse der Reptilien. Und die letzteren besorgen das Geschäft selbst. Es ist ein Hader ausgebrochen zwischen einem Presb-Mandarin ersten Ranges, und einem Presb-Mandarin der niederen Ordnung: der Pant wird ausgefodert, die schmutzige Wäsche wird gewaschen vor dem großen Publikum. Wir haben gestern von der Affaire eines officiösen Correspondenten erzählt, der sich die Ungnade des Presbureaus zugezogen hatte und sich dann, sein pater peccavi stammelnd, demüthig auf den Bauch warf. Heute können wir das Rudrum der Affaire nachtragen: es ist eine Affaire Regidi-Robolski, um die es sich handelt. Die beiden Acteurs in dieser Tragikomödie haben beide unter Abwerfung ihrer durchsichtigen Maske der Anonymität das Wort ergriffen und mit Namensunterschrift ziehen sie gegen einander los. Der vielgeschäftige Leiter des Bismarck'schen Presbureaus, der Legationsrath im auswärtigen Amte, Hr. Regidi ist es gewesen, der den ebenso vielgeschäftigen officiösen Correspondenten der „West-Btg.“, des „V. Bör.-Cour.“, der „Fest. Presse“ u. s. w., Hr. Robolski, zur Rede gestellt und denselben durch Abdruck seiner Entschuldigung in der „N. A. Z.“ geächtigt hat. Der Presb-Mandarin I. Kl., Hr. Regidi bemerkt, daß sein Chef und Protector, Fürst Bismarck, durch den officiösen Scribenten bloßgestellt ist, er zieht denselben in brüskester Weise zur Verantwortung, schickt ihm einen Ministerialbeamten mit einem Briefe zu, worin er den Unglücklichen auffordert, sofort — der Bote wartet auf Antwort — sich zu rechtfertigen, und drohend „weitere Schritte“ ankündigt. Der Presb-Mandarin niederen Ranges, Hr. Robolski, wirft in fliegender Haft einige demüthigen Zeilen auf's Papier und eilt in Person zum gestrengen Leiter des Presbureaus, um sich zu entschuldigen. Aber es hilft Nichts, Hr.

Regidi läßt sich nicht beschwichtigen, er begnügt sich nicht, dem officiösen Mitarbeiter mündlich ein Wort vom literarischen „Piratenthum“ in's Gesicht zu schleudern, er will ein Exempel statuiren und stellt ihn durch Abdruck jenes pater peccavi in der „N. A. Z.“ öffentlich an den Pranger. Damit ist dem Fasse der Boden ausgeschlagen. Hr. Robolski schäumt auf; sich so blamiren zu lassen, das geht denn doch wider seine officiöse Gewöhnung. Im heutigen „Völsen-Courier“ nimmt er das Wort und lehnt sich auf wider den wirklichen Geheimen Legationsrath Regidi. Er jammert über Mißbrauch des Vertrauens, — das Schreiben Regidi's an ihn sei ausdrücklich als vertraulich privates bezeichnet, und er habe von seiner Antwort dasselbe vorausgesetzt — er beruft sich auf die langjährigen Dienste, die er Bismarck geleistet. „Wo steckt wohl“, ruft er, „wirkliches Prespiratenthum, wo ein Schriftsteller, dessen Wahrheitsliebe durch ein langjähriges publicistisches Wirken documentirt ist, und der die Sache des Hrn. v. Bismarck schon zu einer Zeit vertreten hat, wo dazu mehr Muth gehörte als heute, sich einmal in Einzelheiten mystificiren läßt, oder da, wo ein Mann in der Stellung des Hrn. Regidi abge- lockte Privatäußerungen benützt, um daraus einen Leitartikel für die „N. A. Z.“ zu fabriciren?“ Ja Hr. Robolski fängt an zu drohen: „Mögen meine Leser diese Frage entscheiden. Was ich Hr. Regidi geschrieben, war eine rein private Abfertigung. Ich bin es meiner Stellung in der Oeffentlichkeit schuldig, hier zu erklären, daß mein letztes Wort in dieser Angelegenheit noch lange nicht gesprochen ist. Die wirkliche Antwort auf die Fragen des Hrn. Regidi in seinem Schreiben vom 17. d. behalte ich mir vor.“ Und nun kommt wieder Hr. Regidi in der „Nordd. Allg. Btg.“ Er wüßt sich in die Brust: „Eines Vertrauensbruchs wird Niemand, der mich kennt, mich für fähig halten.“ Er leitet aus einer subtilen Distinction sein Recht zur Veröffentlichung des Robolski'schen Briefes her: „mit Rücksicht u. A. darauf“, sagt er, „daß ein Ministerialbeamter meinen Brief an ihn überbrachte, bemerkte ich darin loyaler Weise, daß ich „persönlich und privatim“, also nicht etwa amtlich die Fragen stellte.“ Er beruft sich darauf, nicht nur vor der Oeffentlichkeit, sondern dem betr. Herrn in's „Angesicht“ vom „Piratenthum“ gesprochen zu haben. Er tritt endlich sogar als Anwalt der publicistischen „Sittlichkeit“ auf gegen eine These des Hrn. Robolski: „daß doch wohl ähnliche Zustufungen eines bloßen On dit zu einer Fiction des Unterrichtetseins in der Publicistik gäng und gäbe sind.“

So weit reichen bis jetzt die Acten in der Affaire Regidi-Robolski. Ob sie noch vervollständigt werden, ob Hr. Robolski seine Drohung ausführt, halten wir für sehr zweifelhaft. Es wird Alles aufgegeben werden, um weiteren Enthüllungen Einhalt zu thun, und in der Reptilienwelt hat man mancherlei Mittel. Was bis jetzt vorliegt, wirft indeß ein großes Streiflicht auf die Corruption der Presse durch das officiöse Treiben. Hr. Regidi mag noch so entrüstet sich geberden über Hrn. Robolski's Correspondenz, die gegen Laster und dessen Antrage operirte, man wird ihm keinen Glauben schenken, wenn er diese Correspondenz als ein: Erfindung Robolski's darstellt und diese officiöse Inspiration ablenzen will. Zu gleicher Zeit, wo jene Correspondenz durch die Blätter ging, tauchte auch anderwärts dieselbe Insinuation auf, welche Laster anschwärzte, lediglich ein auf den Sturz des Handelsministers berechnetes Manöver auszuführen. Die officiöse Polemik gegen die parlamentarische Untersuchung stimmte auch ganz und gar mit dem officiösen Eintreten für die königl. Untersuchung. Auch in national-liberalen Kreisen verkennt man das nicht. In der „Spen. Btg.“ läßt sich heute ein „Skepticus“ (hinter dem sich wohl Bamberger verbirgt) über die Affaire Regidi-Robolski aus. Derselbe bemerkt u. A.: „Eine Reptilie, eine — scheint mir — in Folge des heidenmässig vielen Geldes recht leichtsinnig gedungene, schreibt einen dicken Knäuel von unendlich ausgepumpten Redensarten über den Casus Wagener, und steckt sorgsam einige vergiftete Nadeln hinein, die den Abgeordneten Laster treffen sollen, und nicht genug damit: dem Leser soll auch die Meinung in's Ohr geträufelt werden, daß Nadeln und Gift vom Reichskanzler bestellt worden.“ Der „Skepticus“ will es nicht geradezu als erwiesen annehmen, daß der Reichskanzler die Parole ausgetheilt hat, Laster und seinen Anhang zu beschützen, aber er stellt diese Annahme doch als die glaubwürdigste Hypothese hin. In der That liegt die Sache offenbar so, daß das Reptil die Inspiration erhalten hatte, die parlamentarische Untersuchung, d. h. den Antrag Laster zu verdächtigen, daß es aber nicht merken lassen sollte, von woher das kam. Er sollte nicht die officiöse Miene annehmen, sondern das officiöse Gift unter der Maske der unabhängigen Meinung verstecken. Das hat er veräumt. Er hat als officiöser Franc-tireur ein wenig auf eigene Faust operirt, während er als regulärer Musketier streng nach dem Commando agiren sollte. Er hat auf seine officiöse Quelle hingewiesen. Daher die Thränen und daher der Born der Presb-Mandarin ersten Klasse.

Beispielenes.

Berlin, 19. Febr. „Unsere Schuljugend“, schreibt das „Fremdenbl.“, „hat etwas ganz Neues erdacht, um sich zu amüsiren. Wir bemerkten gestern Abend auf der Station der Verbindungsbahn einen fast ausgewachsenen Burschen, der sich zum Jubel seiner Collegen als Zugführer gerirte und auf einer kleinen Pseife, in der eine Erbse befindlich, das Zeichen für die Abfahrt des Zuges gab. Der Locomotivführer, der nicht nöthig hat, sich um den Zug selbst zu bekümmern, ließ die Dampfseife spielen und war eben daran, abzufahren, obwohl der Zug noch nicht fertig war, also Thüren offen, Personen noch im Einsteigen begriffen u. dgl. Auch war das Fahrtsignal von der nächsten Station noch nicht gegeben. Es gelang rechtzeitig einem Beamten, den Locomotivführer von der Ungültigkeit des gehörten Signals zu abertiren — und wurde vielleicht ein Unglücksfall verhütet. Es ist unnöthig, auseinanderzusetzen, welche schweren Folgen eine so gränzenlose Dummheit haben kann, und doch ist es nicht räthlich, als Unbetheiligter gegen einen solchen Lummel einzuschreiten. Ein Herr, der den Unvorsichtigen auf das Ungehörige seines Beginneus aufmerksam machte, heimste für seine gerechten Vorstellungen nur die größten Insulte ein. Schule und Haus [die Kirche braucht man scheint's nicht mehr!] müssen da heilen, sonst bleibt unsere Sehnsucht nach Besserung ein frommer Wunsch.“

Folgendes Vorfalle meldet das „Gbow-Jamburgerblatt“: Fünf Fischer des Dorfes Rudniza im Gbow'schen Kreise begaben sich während eines Sturmes auf den Peipussee, um

ihre am Rande des Eises befindliches Boot an's Ufer zu ziehen; mit Hilfe eines zweiten Bootes waren sie an den Rand des Eises gekommen, woselbst ihr Fischerboot lag; während aber die Fischer ihre betreffenden Arrangements trafen, hatte sich die Eisscholle, auf welcher sie sich befanden, losgelöst und war sehr rasch weggeschwommen. Die Fischer, welche ihren Untergang vor Augen sahen, warfen sich in's Boot und begannen dem Ufer zuzurudern, aber ein heftiger conträrer Wind benahm ihnen die Möglichkeit, das Boot von der Stelle zu bringen, auch befrorren die Ruder dermaßen, daß sie nicht gebraucht werden konnten. Sie waren daher gezwungen, sich dem Winde zu überlassen. Als sie auf diese Weise an den Rand des Eises getrieben worden waren, betraten sie die glatte Eisfläche; inzwischen wurde der Wind und der Frost immer heftiger. Um nicht auseinanderzukommen, banden sie sich sämmtlich an einen Strick und marschirten auf dem Eise immer weiter. Unterwegs gingen einem von ihnen, einem Greise von 60 Jahren, die Kräfte aus, und die Uebrigen sahen sich genöthigt, ihn vom Strick abzulösen und seinem Schicksal auf dem Eise zu überlassen, nachdem sie von ihm einen christlichen Abschied genommen. Sie waren darauf noch einige zehn Werst abgegangen, als sich ein zweiter Fischer, ein Jüngling, vom Strick losband, da er vor Müdigkeit nicht weiter zu gehen vermochte, und nach einem rührenden Abschied von den Kameraden auf dem Eise zurückblieb. Die übrigen 3 Fischer erreichten das jenseitige eifnische Ufer des Sees beim Dorfe Jariza hinter Ischernaja Derewnja, und wurden dort erwärmt und gespeist. Sie hatten auf dem Eise 60 Werst zurückgelegt; der erste ihrer Gefährten war etwa

30 Werst, der zweite aber nur drei Werst vom Ufer zurückgeblieben.

Aus Gibraltar kommt eine wunderbare Erzählung: Die verlassene amerikanische Brigantine Mary Celeste wurde am 13. December von der Dei Gratia auf offener See aufgefunden und nach Gibraltar gebracht. Kein lebendes Wesen wurde am Bord des Schiffes vorgefunden und nicht die geringste Beschädigung an demselben bemerkt. Die Ladung war unangetastet und viele Geräthe und Kostbarkeiten von großem Werthe befanden sich auf dem Schiffe. Nicht einmal ein ungünstiges Wetter konnte der Mary Celeste begegnet sein, denn in größter Ordnung lagen die verschiedenen Kleinigkeiten auf den Tischen umher, ja, auf einigen Rasirmessern war nicht einmal eine Spur von Rost vorhanden. Eine nähere Untersuchung ergab, daß eine Frau und ein Kind am Bord gewesen sein mußten, und endlich entdeckte man ein Schwert, das aussah, als wenn es mit Blut besetzt und dann abgewischt worden wäre. Der Capitän des verlorenen Schiffes war ein Herr B. G. Briggs, der in Gibraltar als ausgezeichnete Mensch wohl bekannt war. Man hat auch nicht die geringste Lösung für das Räthsel. Eine Vermuthung wird aufgestellt, daß die Schiffsmannschaft gegen den Capitän sich empört, ihn getödtet und sich dann davon gemacht hat.

(Polizei-Stil.) In München wurde jüngst während eines Concertes eine Bagge gestohlen, — von einem Taschendiebe, wie die Polizei behauptete.

Daher dieses brüste Behandeln des journalistischen Handlangers einerseits und die schuldbewusste Selbstdemüthigung des Repteren andererseits."

Deutschland.

Karlsruhe, 22. Febr. Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliebung vom 14. d. M. gnädigst geruht, den Anwalt Johann Hauser zu Mosbach zum Kreisgerichtsrath des großh. Kreis- und Hofgerichts Mannheim zu ernennen.

Se. Königl. Hoh. der Großherzog haben unter dem 20. d. M. allergnädigst geruht, den geistlichen Berwalter Albert Sprenger in Offenburg zum Ministerialassessor beim Handelsministerium zu ernennen; den bei diesem Ministerium bisher aus-hilfsweise beschäftigten Regierungsassessor C. Fe-senbech in seine Stelle bei der Generaldirektion der großh. Staatsbahnen wieder eintreten zu lassen, und den Amtmann Dr. R. Schenkel in Heidelberg dem Handelsministerium zu Vernehmung eines Rescripts beizugeben.

Karlsruhe, 21. Febr. (Das kath. Kirchengut.) Nach dem Erlaß großh. Ministeriums vom 15. d. M. ist den abtrünnigen Katholiken in Konstanz keine kath. Kirche übergeben, sondern nur — vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörde — der Mißgebrauch der Spitalkirche gestattet worden. — Es ist also lediglich nach dem Stiftungsgesetze zu beurtheilen, ob diese Kirche bloß eine Hauskapelle, somit Eigenthum des Spitals und der Verfügung der Verwaltung unterworfen ist. Bejahenden Falls ist die Einmischung großh. Ministeriums durch die Verordnung vom 18. Mai 1870, wonach demselben die staatliche Oberaufsicht über die weltlichen Stiftungen zusteht, formell begründet.

Die rechtliche Begründung können wir aber den Entscheidungsgründen nicht zugestehen, welche dem Erlaß vorausgeschickt wurden und welche weit über den einzelnen Fall hinausgehen. Der erste dieser Gründe bestreitet die Gültigkeit der neuen Concils-beschlüsse, weil sie ohne die in § 15 des Gesetzes vom 9. Oct. 1860 vorbehaltene Staatsgenehmigung verkündet seien. Vergebens sucht man in dem angezogenen Gesetze eine Wiederherstellung des veralteten Genehmigungsrechts (des Placet). Das Gesetz fordert bloß eine Mittheilung kirchlicher Verordnungen, welche ja erfolgt ist. Allerdings ist für Kirchengesetze, welche in bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse eingreifen, die Genehmigung verlangt. Allein nirgends findet man in dem berühmten Concilsbeschlusse, welcher sich eng auf Glaubens- und Sittenlehre beschränkt, einen solchen Eingriff. Möge unsere Regierung, wie jede andere, sobald über den Wortlaut hinaus ein solcher Eingriff versucht wird, ihr Verbot einlegen; sie wird darin von Geistlichen und Laien unterstützt werden.

In dem zweiten Entscheidungsgrund wird gesagt, daß die Abtrünnigen in Konstanz, da sie mit Ausnahme des erwähnten Dogmas Katholiken bleiben wollten, rechtlich als solche anzuerkennen seien. In der kath. Kirche steht unangreifbar fest, daß die Beschlüsse eines allgemeinen Concils, insbesondere wenn sie vom Papst bestätigt und von der lehrenden Kirche anerkannt seien, zu Glaubenslehren werden. Somit kann nicht bezweifelt werden, daß Alle, welche diesem Fundamentalsatz der Kirche widerstreben, sich außerhalb derselben stellen. — Wir müssen wiederholt darauf bestehen, daß die Entscheidung darüber, wer zu einer Kirche gehöre, nicht den an grünem Tische versammelten Staatsbeamten, sondern nur der Kirchengesellschaft in ihren gesetzlichen Organen zukomme, daß nur diese das Recht der Excommunication (Ausschließung aus der Gemeinschaft) habe und daß jede andere Entscheidung eine unberechtigte und nichtige sei.

Constanz, 21. Febr. Hier und da erhält man durch kleine Selbstgeständnisse Einblicke in den Humbug, der von den „alkatholischen“ Blättern mit ihren Lesern getrieben wird. So müssen wir fortwährend in der Constanzener Zeitung lesen, daß die „Altkatholiken“, insbesondere ihr Führer Michelis, den reinen und wahren Katholicismus innehätten und kein Haarbreit von dem katholischen Glauben abwichen. Heute aber lesen wir in der nämlichen Constanzener Zeitung: „Die Hauptsache ist nun ein tüchtiger Prediger für die Altkatholiken. Wie wir hören, soll bereits eine Persönlichkeit in Aussicht genommen sein.“ Nun kennt aber die katholische Kirche bekanntlich keine Prediger (Prädicanten) und dem „Altkatholiken“, der den Prediger verschrieben hat, sieht man es schon auf eine Meile an, daß er vom katholischen Priesterthum gar keinen Begriff hat. Der Neuprotestantismus schaut eben den Leuten, die sich so gerne für katholisch auf-

spielen möchten, aus allen Rockärmeln und Knopflöchern heraus, und es wäre daher viel einfacher, sie würden statt lange nach einem Prediger auswärts zu suchen, dieses Amt einem ihrer Hauptvorkämpfer in der Presse, dem ehemaligen protestantischen Prediger Mündel übertragen, der seiner Zeit sein Predigeramt verloren hat. Derselbe macht jetzt in „Altkatholicismus“ und dürfte sich für die aus-geschriebene Prädicantenstelle daher sehr gut eignen.

* Aus Freiburg wird gemeldet, daß dort am 18. d. M. Hofrath Dr. Werber im Alter von 76 Jahren gestorben ist.

? Ottenheim, 18. Febr. Seitdem der kleine David Lasker dem Philistäer Goliath Wagener den Hirnschädel eingeworfen, sollen die Missionäre der Servilen allenthalben in ihrem Eifer erlattet sein, nur hier versuchen sie um jeden Preis Unterschriften für ihr Treiben zu bekommen, wurden aber von den „fanatischen Kömmlingen“ unsanft abgewiesen. Ein hiesiger Bürger erklärte dieser Tage offen, er wollte gern abfallen, da er doch ein schlechter Katholik sei, zu den „Schweifwedlern“ aber überzugehen, sei ihm zur Zeit bedenklich, da er befürchte, es möchte der Goliath Wagener ihr Papst werden. Wagener sei zwar ein Ehrenmann mit acht deutschem sittlichen Ernst, was er im Kampf gegen die Jesuiten bewiesen habe, indessen doch nicht geeignet für einen so hohen kirchlichen Posten.

Wenn die Schweifwedler nirgends bessere Geschäfte machen als hier und in der Umgegend, so wird es an Fastnacht mit ihrer Sache schlafen gehen und werden ihre Generale bei Hans Ronge und Comp. der wohlverdienten Ruhe genießen.

© Aus Baden. Im Monat November v. J. entgegenete ich in Ihrem Blatte dem Herrn Oberpost-director Bahl auf die Behauptung, sämtliche Beamte und Unterbeamte, die in den Reichspostdienst übergetreten seien, hätten Aufbesserung erhalten, daß dem nicht so sei.

Zum Beleg für meine damalige Behauptung will ich Ihnen nun nachträglich mittheilen, daß im Monat December v. J. das Generalpostamt sich veranlaßt gesehen hat, „denjenigen vormaligen Gr. Badischen Beamten und Unterbeamten, — wie's im bezüglichen Erlaß heißt — welche gegenwärtig ein geringeres Dienstverhältnis beziehen, als ihnen beim Verbleiben in ihrem früheren Dienstverhältnis durch die im Großherzogthum Baden zur Ausführung gekommene allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter zu Theil geworden wäre, nach Maßgabe der Staatsverhältnisse Entschädigungen in der Form von einmaligen Besoldungs- oder Renumerations-Zuschüssen zu gewähren.“

Ich denke, dies dürfte genügend sein, um meine damalige Behauptung vor Anfechtungen sicher zu stellen.

— Vom Rhein, im Febr. Man darf wohl Hundert gegen Eins wetten, daß es ganz dieselben Leute gewesen, welche ehemals einen Johannes Ronge und Consorten, und diesmal einen Michelis und Friedrich in der Stadt am Bodensee besubelten; die katholische Bürgerschaft kannte die Gäste schon. Michelis und Friedrich schämten sich immer noch nicht, auf dem Steckenpferd der hohen Wissenschaftlichkeit herumzureiten, ohne jemals durch die kläglichen Niederlagen, die sie sich überall, wo sie den Mund aufthun, beizubringen gewohnt sind, klug zu werden. Dazu gehört wirklich ein heldenmäßiger Muth, — schade, daß die Sache gar zu ruhmlos ist. Indeß sind es nicht allein diese minores dii der neuprotestantischen Secte, welchen das hochtrabende Stecken-roß nicht pariren will, sondern auch die eigentlichen Preissträger neuprotestantischer Wissenschaftlichkeit werden durch den Uebermuth des unbändigen Rosses schmählich in den Roth geworfen. Mit authentischen Nachweisen hat uns dies eine Broschüre gezeigt, welche uns soeben aus dem Verlage von Fr. Rüstet in Regensburg zugesandt wurde und betitelt ist:

Das Latein der neuprotestantischen Gelehrten-Trias Döllinger — Schulte — Langen. Epistel an alle neuprotestantischen Gymnasiallehrer, zum Nutzen der gebildeten Welt veröffentlicht.

Darin werden den drei genannten Gelehrten die handgreiflichsten Mißverständnisse lateinischer Texte nachgewiesen, worauf sie die unwahrsten Behauptungen gebaut haben. Der Nachweis wird mit solcher Klarheit geführt, daß er Jedem, welcher nur die ersten Regeln der Logik und Grammatik kennt, sogleich einleuchtet. Der Verstöße sind aber wirklich so viele und so colossale, daß sie mit unwiderstehlicher Consequenz zum Schlusse zwingen, welche der Verfasser zieht: diese Männer sind entweder nicht die wissenschaftlichen Größen, wofür sie ausgegeben werden, oder sie haben diese Geistesproben nur im Zustande der größten Aufregung geliefert.

Darauf stützt dann der Verfasser den weisen und wohlgemeinten Rath, welchen er seinen Collegen im Fache der Jugendbildung ertheilt: In keinem der beiden Fälle dürft ihr solche Männer zu Rathgebern in der wichtigsten Frage eures Lebens wählen. Dies wäre um so vermessener, als alle menschliche Wissenschaft in Sachen des ewigen Heiles die maßgebende und entscheidende Autorität nicht ist, sondern einzig die von Christus gestiftete und beglaubigte Autorität der katholischen Kirche.

§ Vom Rheine, im Febr. In Nr. 34 des „Bad. Beobachters“ wird von dem Lehrermangel gesprochen, ohne einen der hauptsächlichsten Gründe, weshalb so viele Lehrer ihrem Berufe „Lebewohl“ zurufen, zu erwähnen. Auch haben der „Anzeiger für Stadt und Land“ und andere Blätter Manches erzählt, wie im Kreise Baden die Lehrer und Schüler bei den Examina in Verlegenheit gesetzt werden. Um die tiefer liegenden Ursachen der gegenwärtigen Uebelstände unserer Volksschule aufzufinden und die Fahnenflucht — ich wollte sagen Kathederflucht — unserer Schullehrer zu erklären, haben wir uns Gewährsmänner ersten Ranges ausgesucht. Wir haben nämlich die Ansichten Zell's, Kollfuß', v. Kettlers, Diesterwegs und Döblers zu Rathe gezogen. Es ist gerade der Bad. Beob., in welchem eine der genannten Autoritäten 1868 schon alles dieses vorhergesagt hat, was nun eingetreten ist! Die „Communalschulen“ überschrieben, meint in Nr. 173 von 1868 der Bad. Beobachter: „Die Communalschule entwürdigt den Lehrer, indem sie demselben das kräftigste Erziehungsmittel, die Religion, aus der Hand nimmt.“ Hätte man in Karlsruhe auf das, was der Beobachter damals (1868) schrieb, Rücksicht genommen, so wären die Lehrer jetzt besser daran! Der Bischof von Mainz hat 1858 in einem Hirtenbriefe diese Frage ebenfalls behandelt, worauf Diesterweg die Schrift veröffentlichte: „Bischof und Schulmann.“ Aus allen diesen Discussionen ging klar hervor, daß die Folgen für den Lehrerstand ungünstig sein würden, ohne gerade tödtlich verlegend zu sein für die Kirche. Das Lehrbuch der Erziehung und des Unterrichts von A. R. Döbler, das schon 7 Auflagen erlebt und unsern Lehrern bekannt ist, fordert für den Lehrer Eigenschaften in sittlich-religiöser Hinsicht, die von ihm in Baden absolut nicht verlangt werden. Die wahren Gründe obigen Mißstandes sind demnach: 1) der Volksschullehrer hat in Baden weder die Eigenschaften, noch die Stellung im Staate, in der Gemeinde, noch dem Pfarer gegenüber, welche obige Autoritäten für ihn fordern. 2) Hat der Lehrer, wenn er den Religionsunterricht verloren, oder wegen der unpractischen Confessionslosigkeit nicht mehr ertheilen darf, nur noch geisttödtende Unterrichtsgegenstände. 3) Der Anschauungs-Unterricht ist eine geistlose Beschäftigung. 4) Für den Sprachunterricht (Grammatik), die Geographie und die Naturlehre sind unsere Lehrer nicht genügend und zwar ohne ihre Schuld vorbereitet, und ebenjowenig unsere Kreisrathräthe. (Vergl. die öffentlichen Prüfungen!) 5) Es ist eine grausame Zumuthung, etwas zu lehren, was man häufig selbst nicht gründlich versteht oder wofür man sich nicht durch eine ideale Auffassung begeistert hat. 6) Es bleiben nach allem dem nur das Rechnen und der Gesangunterricht als erträgliche Gegenstände seines Berufes dem Lehrer. Fassen wir uns kurz! Eine unangenehme Stellung in der Gemeinde, in der Kirche und im Staate, widerliche Berufsgeschäfte, halbgebildeten Vorgesetzten untergeben, zu wenig Anerkennung von Oben, keine genügende Achtung der Autorität von Unten, das sind die wahren Ursachen des Lehrermangels in Baden. — Auf Abhilfe hoffen wir nicht, weil man auf Zell's Rath nie gehört, weil man seit 1860, was er dem Beobachter hierüber geschrieben, ignoriert hat. Ein vollständiger Bruch mit dem bisherigen System und vollständige Neugestaltung der obersten Schulbehörde können allein noch Aussicht auf Besserung unserer Schulzustände bieten.

§ Heidelberg, 18. Febr. Als philosophischer Lehrer an der Universität Heidelberg hat Herr Dr. Michelis entschieden Malheur; in der letzten Vorlesung waren nur noch 6 Zuhörer. Der Weise muß allein gehen, weil ihm Niemand folgen will. Im Jahre 1863 schrieb Dr. Michelis in seinem „Plato mordens“ Seite 122: „und damit basta. Die Augen gehen mir über, wenn ich daran gedanke, was in diesem Augenblicke in Deutschland und mit Deutschland geschehen könnte, wenn wir uns allseitig verstehen wollten. Doch die Dinge sind noch nicht darnach angethan, sentimental zu werden; wenn ihr aber im lieben weiten Vaterlande hin und wieder euch wundert, was der Pfarer von Albachten bei Münster mit seinem Plato mordens will,

so denkt, daß durch Gottes Wille es geschehen könnte, daß ein blindes Huhn — oder weil ich doch kein Femininum bin — ein blinder Hahn, der aber doch noch krähen kann, unversehens einen verlorenen kostbaren Edelstein aus dem metaphysischen Misthaufen der Weltgeschichte, den man Philosophie nennt, herauskrähte. Wir meinen, dem importirten Deco-nomen auf dem metaphysischen Misthaufen der Weltgeschichte „dürsten auch jetzt wieder „die Augen“ übergehen“, wenn er einerseits daran denkt, was nach seinem Plane „in diesem Augenblicke in Deutsch-land und mit Deutschland geschehen könnte“, und er andererseits sieht und fühlt, wie die Dinge noch nicht darnach angethan sind, daß man ihn mit seinem „Krähen“ und „Krägen“ auch nur im fortgeschrittenen Baden „verstehen“ wollte. Möchte es „durch Gottes Wille geschehen“, daß Herr Micheli-s „unversehens“, etwa gerade durch seine Blamage in Baden, speciell hier in Heidelberg belehrt, von seiner Einbildung zu großen Dingen und besonders zum Reformiren berufen zu sein, endlich geheilt würde und er dahin wieder zurückkehrte, woher er gekom-men ist.

Heidelberg, 20. Febr. Man spricht davon, daß in Folge der Entschliebung des Ministeriums, wo-nach den „Katholiken“ in Konstanz die Mitbenut-zung der Augustinerkirche zugestanden wurde, die hiesigen strenggläubigen Protestanten nunmehr ge-willt seien, höheren Orts den Mitgebrauch einer der hiesigen evangel. Kirchen zu beantragen, der ihnen bekanntlich vom Kirchengemeinderath bis jetzt hart-näckig verweigert wurde. Jedenfalls können sie zu diesem Zwecke den Titel: „Altevangeliſche“ mit vol-lem Fug und Recht verwerthen. — Die Recurs-kammer des Kreis- und Hofgerichts in Mannheim hat gestern auch die Berufung verworfen, welche Hr. Caplan Winterhalder in seiner Beleidigungs-klage contra Emmerling gegen das Letzteren frei-sprechende Urtheil des Schöffengerichts ergriffen hatte. Der Fall stammt bekanntlich aus der Zeitungs-schelte her, die sich aus Anlaß der bekannten Begräbnisgeschichte v. J. entsponnen hatte. (P. B.)

Darmstadt, 21. Febr. Abgeordnetenkammer. Schrö-der interpellirt die Regierung, ob und welche Maß-regeln sie zur Wiederherstellung der katholischen Facultät in Sieben getroffen habe. Matty bean-tragt, die Regierung wolle in Zukunft nur solche Geistliche anstellen, welche 2 Jahre eine deutsche Universität besucht hätten, und nur solche Schulen dulden, welche confessionlos-Communalſchulen seien. v. Rabenau interpellirt die Regierung, ob eine Un-terſuchung wegen der bei dem Bau der Oberheſ-siſchen Bahn vorgekommenen Unterschleife angeord-net sei.

Berlin, 19. Febr. Den 31,000 Thlr. betragen-den Preßfond hat das Abgeordnetenhaus gegen den Widerspruch der Polen, des Centrum und der Fortschrittspartei bewilligt. Und doch jammern heute sogar die national-liberalen Blätter über den heil-losen Unſug, den die officiöse Preßcohorte treibt. Ja, selbst die „Nat.-Ztg.“ erklärt gerade heraus, daß dem Piratenwesen in der Presse nicht anders ein Ende gemacht werden könne, als wenn man die officiöse Presse in der Umgebung des Fürsten Bismarck abschaffe, deren Treiben durchaus schäd-lich und verwerflich sei. Das sei bonapartistisch, aber nicht preußisch, nicht deutsch; es fälsche und verwirre die öffentliche Meinung, es verderbe die Sitten und bereite dem Fürsten Bismarck selbst weit mehr Verdruß, als es ihm Nutzen eintrage. Er könne unserm Volke durchaus nicht zumuthen, seinen Feldzug gegen die Allocution oder seine Sympathien mit Hrn. Wagener unbesehen mitzu-machen; er könne unserm Volke überhaupt nicht zumuthen, während der Zeit, wo es ihn zu besitzen das Glück habe, sich des eigenen Denkens zu entwöhnen. Darauf sei es aber am Ende doch abgesehen, und bei solchen Bestrebungen habe der Reptilienfond seine Dienste thun sollen, von dem sogar die „Spen. Ztg.“ bekennen muß, daß er ein Hauptunglück war — „eine Brutanstalt für Rep-tilien, gemästet von der Verschwendung, dem Fluch, der auf geschenktem Gelde laste und es zu Kohlen mache“. Aber ist es denn nicht den Liberalen, als sie der Regierung fremdes Eigenthum zur Ver-fügung stellten, aus dem Centrum heraus eindring-lich genug gesagt worden, daß unrecht Gut nicht gedeiht? Warum also entschließt man nicht, dem Eigenthümer seinen Besitz zurückzugeben? — Dr. Agidi, der früher entschieden leugnete, daß er in die „N. A. Ztg.“ schreibe, tritt heute in diesem Blatte mit seinem Namen als Dirigent der officiö-ſen Preßstrabanten auf, die er ganz im bonapartisti-ſchen Stil zu beherrschen scheint. (K. B. B.)

Berlin, 21. Febr. Das Herrenhaus trat in die Schlußberatung über die königliche Botschaft ein.

Die Referenten Hobrecht und Tettau trugen die der Botschaft vorausgegangenen Umstände vor und bean-tragen die sofortige Wahl der Mitglieder zur Com-miſſion. Dem Grafen Lippe gegenüber, welcher das Verfahren des Abgeordnetenhauses als rücksichtslos kritisiert, die Beschuldigung, daß Bahncessionen nach Gunst verliehen worden seien, unerwiesen bezeichnet, die ganze Schuld für etwaige Fehlgriffe der Geſez-gebung dem letzten Jahre beimist und schließlich die Zusammenſetzung und die Competenz der Commiſſion bemängelt, erklärt der Justizminister ausdrücklich, daß der Regierung die Abſicht ferne liege, die Land-tagsdeputirten zur Commiſſion als assessores sine voto anzusehen; die Regierung wolle die Gleichbe-rechtigung aller Mitglieder, und werde auf Antrag der Commiſſion weitere Legislativmaßregeln in Be-zug auf Siftirung von Zeugen vorschlagen; sie halte vorläufig dies nicht für erforderlich, denn die Ge-richte würden den Requisitionen der Commiſſion entsprechen, viele Personen sich freiwillig stellen. Bankdirector Dechend tritt für den Handelsstand ein, der ehrenhaft sei und sich nicht an unehrenhaf-ten Geſchäften betheilige. Die Actien-Ausgabe unter Pari sei nicht verboten; die gegen den Handels-stand erhobenen Hauptvorwürfe ungerechtfertigt. Nach weiteren Reden der Abgeordneten Willens und Weber beschließt das Haus einstimmig, der könig-lichen Botschaft nachzukommen. An der hierauf vor-genommenen Wahl nahmen 80 Mitglieder des Hauses Theil und wurden gleichzeitig als Deputirte des Hauses Tettau mit 82 und Baumstark mit 78 Stim-men gewählt, welche die Wahl anzunehmen erklärten.

Berlin, 21. Febr. Der Staatsanzeiger enthält eine vom Gesamtministerium gegengezeichnete Cabi-netsordre, welche die Geheimen Justizräthe Herz und Korte, den Unterstaatssecretär Achenbach und den Geheimen Finanzrath Schomer zu Mitgliedern der Untersuchungscommission beruft und die Zuord-nung eines Protocollführers dem Ministerpräsidenten anheimgibt.

Berlin, 21. Febr. Stadtgerichtsrath Elsner von Gronow, durch Lasker's Angriffe in der Wagener-Affaire bekannt geworden, ist plötzlich gestorben.

England.

Wien, 16. Febr. Mit fieberhafter Hast greift heute alles nach den Tagesblättern, deren Spalten die Wahlreform-Vorlage enthalten. Dieselbe gliedert sich in 2 Theile: in das Geſez, wodurch das Grundgeſez über die Reichsvertretung entsprechend abgeändert wird, und in die Reichs-Wahlordnung selbst. Letztere erhöht die Zahl der Abgeordneten auf 351 und behält im Wesentlichen das Princip der Interessenvertretung bei. Der Großgrundbesitz, dessen gänzliche Beseitigung von der Fraction der äußersten Linken vergebens angestrengt wurde, soll künftig durch 85 und die Handelskammergruppe durch 22 Abgeordnete vertreten sein, während den Städten, Märkten und Industrialorten 144 und den Landgemeinden 130 Parlamentsſitze zugestanden werden. In der Samstag-Sitzung des Abgeord-netenhauses, in welcher die Vorlage vom Minister-Präsidenten Fürsten Adolph Auersperg eingebracht und dem Verfassungsausschuß übergeben wurde, ver-hielten sich die Polen schweigend. Der Mittels-mann der Regierung, Graf Agenor Goluchowski, bermalen Statthalter in Galizien, wird es an einer letzten Kraftanstrengung gewiß nicht fehlen lassen. [Die Anstrengungen des Grafen Goluchowski schei-nen bis zum Montag noch ohne Erfolg geblieben zu sein; denn, wie gemeldet, haben die galizischen Mitglieder des Verfassungsausschusses an genann-tem Tage die Erklärung abgegeben, daß sie an der Berathung über die Wahlreform sich nicht bethei-ligen würden, und hierauf den Berathungssaal ver-ließen.] In der gestrigen Sitzung des Abgeord-netenhauses wurde auch das Geſez, betreffend die Bildung der Geschworenenlisten, ohne wesentliche Aenderungen angenommen. — In dem Befinden Sr. Eminenz des Cardinal-Fürsterbischofes D. v. Rauscher ist nach der Versicherung des ordini-renden Arztes Dr. v. Wizenot eine entschiedene Bef-ſerung eingetreten. (K. B. B.)

Rom, 16. Febr. Die Actien des einheitlichen Italien stehen schlecht. Victor Emmanuel selbst fängt an einzusehen, daß die Schwindeseien der „Liberalen“ wohl für einige Zeit einer Regierung, die sich derselben bedient, scheinbar nützen können, daß sie schließlich jedoch nur den Sturz derselben Regierung herbeiführen. Man erzählt sich hier in politischen Kreisen, daß Victor Emmanuel am Frei-tag Abend im Gespräche mit einem seiner Vertrau-ten geäußert habe: „Das Ministerium Lanza hat mir im Jahre 1870 schlecht gerathen, als es mich veranlaßte, die Septemberconvention vom Jahre 1864

durch die Vorfälle bei Sedan als vernichtet anzu-sehen, und ebenso schlecht diente es mir, als es mich in die spanischen Angelegenheiten verwickelte.“ Am selben Abende verbreitete sich das Gerücht, daß ein Ministerium Ricasoli, Peruzzi, Minghetti in Bereitschaft sei, welches die Erbschaft der Lanza, Sella und Visconti-Venosta antreten werde. In hiesigen politischen Kreisen hält man dafür, daß ein solches Ministerium durchaus keine Lebensfähigkeit besitze, und daß, sollte es zu Stande kommen, bin-nen Kurzem ein Ministerium Rattazzi (als Casse-cou) folgen werde. Die gegenwärtigen Minister haben beschlossen, sich zurückzuziehen, weil sie das, was sie den katholischen Mächten bei der Einnahme Roms versprochen, weder halten können noch wol-len, um nicht ihre geringe Popularität bei der Actions- oder Revolutionspartei zu verlieren. Die Republikaner jubeln und sind übermüthig. Die Armee ist, mit geringen Ausnahmen, durchaus nicht verläßlich. Von London aus ist der piemontesische Regierung angezeigt worden, daß ein Complot gegen das Leben Victor Emmanuel's bestehe. Das ist in wenigen Strichen die Situation ohne alle Ueber-treibung. (Germ.)

Paris, 21. Febr. In Folge der Beschlüsse der Dreißigercommission ist ein Bruch zwischen der leg-itimistischen Rechten und dem orleanistischen rechten Centrum eingetreten. Man versichert, daß in ganz Spanien neue carlistische Banden auftauchen.

Paris, 21. Febr. Thiers empfing gestern den Grafen Arnim und den spanischen Botschafter Olo-zaga; er übernachtete im Elyſée zu Paris und kehrte heute Mittags nach Versailles zurück. — Die Paſ-sagierbeförderung auf der spanischen Nordbahn ist bereits wieder im Gange; die Truppen escortiren die Züge in den Pyrenäenpässen. Die durch die Carlisten bedrohten Punkte sind befestigt und durch hinreichende Kräfte gegen Ueberfälle gesichert.

London, 20. Febr. Die Königin Victoria machte heute der Kaiserin Eugenie in Chislehurst einen Besuch.

Dublin, 19. Febr. Der Bischof von Clonfert, Dr. Duggan, der in Bezug auf die Wahl in Gal-way angeklagt war, ist freigesprochen worden. Die Freisprechung wurde von der Bevölkerung mit Ju-bel aufgenommen.

Lissabon, 19. Febr. In der Sitzung der Cortes wurde von dem Marquis von Avila darauf hinge-wiesen, daß es Angesichts der Ereignisse in Spa-nien nothwendig erscheine, Maßregeln in Erwägung zu ziehen, um die Unabhängigkeit Portugals und seiner Institutionen vor jeder Beeinträchtigung zu bewahren.

Madrid, 20. Febr. Das Rundschreiben des Ju-stizministers an die Tribunalspräsidenten hebt die Nothwendigkeit einer Justizreform durch eine ander-weitige Gerichtsorganisation und durch Verbesserun-gen in der Civil- und Militärgeſezgebung hervor. — In Saragoſſa fanden stürmische Kundgebungen für die Republik statt. Die „Gazetta“ meldet einen Sieg über Saballos und andere Führer der Carli-ſten bei Santa Pau in Catalonien. — Dem „Im-parcial“ zufolge ließe die Haltung hervorragender Conservativer in der vorgestrichen Versammlung der leitenden Junta schließen, daß die constitutionell Ge-sinnten dahin arbeiten würden, um die Hohenzol-lerische Candidatur wieder ausleben zu lassen.

Newyork, 20. Febr. Der Präsident Grant hat eine Deputation von Farbigen empfangen, welche das Ansuchen stellten, den Insurgenten auf Cuba die Rechte einer kriegsführenden Macht zugestehen. Der Präsident erwiderte, er werde thun, was in seinen Kräften stehe, und mit seiner Pflicht verein-bar sei.

Rio Janeiro, 2. Febr. Die beiden Minister des Auswärtigen und der Landwirthschaft sind zurück-getreten. Am gelben Fieber sterben durchschnittlich 17 Menschen täglich.

Notales.

(Baden, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Bür-gerausschusses wurde der abgeänderte Gemeindevoranschlag für 1873 (zurückgestellt von der Tagesordnung im December v. J.) einstimmig genehmigt. — Nachdem das Detroi im Monat Januar d. J. eine erkleckliche Summe eingebracht, setzte man 1 fl. 16 kr. als Umlagefuß fest. Ueber die Fremdensteuer ist man sehr unsicher, — was sie einbringen könnte; es ist in jedem Falle abzuwarten, was für ein Modus bei der Er-hebung gewählt wird.

Für den kranken Lehrer sind weiter eingegangen: Mit dem Poststempel Wiberach von 2 Lehrern 2 fl. 45 kr., von Hrn. Pfr. Streicher von Binningen 1 fl.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

